

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Die Lehren der Geschichte  
nicht zu vergessen, fordert  
**Hans Eichel**.

Seite 1

Für eine neue politische Kultur  
plädiert **Renate Schmidt MdL**:  
Zuhören und fair streiten.

Seite 3

50. Jahrgang / 12

17. Januar 1995

### Nehmen wir uns die Zeit, uns zu erinnern

**Wir Deutsche dürfen die Lehren der Geschichte nicht vergessen**

Von **Hans Eichel**

**Hessischer Ministerpräsident**

Soweit wir wissen, ist in der abendländischen Kultur Herodot der erste, der das historische Geschehen in seinem ganzen Umfang übersichtlich darstellen wollte, der es verstehen und interpretieren wollte. Sie kennen vielleicht den berühmten ersten Satz, mit dem er vor 2.500 Jahren sein Geschichtswerk eingeleitet hat: "Herodot aus Halikarnassos legt hier dar, was er erkundet hat, damit weder mit der Zeit in Vergessenheit gerät, was von Menschen geschehen, noch große und bewunderungswürdige Taten, die Griechen und Barbaren vollbracht haben, ruhmlos bleiben; besonders aber hat er erforscht, weshalb sie gegeneinander Krieg führten." Mit diesem einen Satz rechtfertigt Herodot, warum er als Historiker tätig wird. Es geht ihm um die Erinnerung, und dazu muß er vergangene Sachverhalte klären, muß er die Wahrheit ermitteln.

Herodot ist mit seinem Versuch, historisches Wissen zu vermitteln und die Menschen zu historischem Denken anzuleiten, der Begründer einer großen Tradition. Schon in der Antike wurde er als der "Vater der Geschichtsschreibung" gewürdigt. Seither hat die abendländische Kultur immer großen Wert auf ihr Gedächtnis gelegt. In unserem Jahrhundert hat ein Historiker dafür die folgende Formel gefunden: "Die Vergangenheit nicht zu kennen heißt sich nicht selbst begreifen." Der Autor dieses Satzes ist Raul Hilber, der Historiker, der die Vernichtung der europäischen Juden als erster eingehend untersucht hat und dessen schon 1948 begonnenes Werk bis heute unerreicht ist.

Raul Hilberg steht damit als Historiker in der großen, zweieinhalb Jahrtausende alten Tradition. Dies muß eigens betont werden. Denn die Vernichtung der europäischen Juden, die erst mit dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland ihr Ende fand, war allzu lange Gegenstand einer kollektiven Verdrängung. Der schon von Herodot formulierte Auftrag, Ursache und Wirkung vergangener Ereignisse herauszuarbeiten, blieb im Nachkriegsdeutschland jedenfalls mit Blick auf die Geschichte des Antisemitismus allzu lange und allzu oft unerfüllt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kennzeichen Örnang  
mit zerkollten Kapazitäten  
Reinhaltepapier



Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren in Deutschland oft von einer Abwesenheit der Geschichte gekennzeichnet. Vor 100 Jahren hat Jacob Burckhardt in seinen "Weltgeschichtlichen Betrachtungen" die Geschichtslosigkeit als das Wesen der Barbarei ausgemacht. Das "Fritz-Bauer-Institut" hat schon in den vergangenen Jahren viel dazu beigetragen, den Zustand der historischen Barbarei zu überwinden. Durch die Umwandlung in eine Stiftung, die vom Land Hessen, der Stadt Frankfurt und dem Förderverein Fritz-Bauer-Institut getragen wird, werden seine Arbeitsmöglichkeiten noch einmal verbessert.

Das Institut und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Land, Stadt und Förderverein, stellen sich damit bewußt in eine historische Tradition. Die Erforschung der Vernichtung der europäischen Juden ist von nicht zu überschätzender Bedeutung für unsere Kultur. Der Mord an so vielen Millionen Frauen, Männern und Kindern ist ein solcher Ausbruch der Unmenschlichkeit, daß es für unsere Gesellschaft überlebensnotwendig ist, in diesem Zusammenhang alle historischen und soziologischen Fragen zu stellen und so gut wie möglich zu beantworten.

Frankfurt ist die Geburtsstadt Anne Franks und die Heimatstadt Oskar Schindlers, deren beider Leben uns die Tragik einer Geschichte vor Augen führt, die willkürlich erscheint und doch so teuflisch, so systematisch beeinflußt wurde wie selten zuvor.

Wenn wir uns dieser Geschichte stellen und jetzt die verdienstvolle Arbeit des Fritz-Bauer-Instituts auf eine rechtliche und finanzielle Basis stellen, wenn wir die weitere Forschung damit sichern, so auch deshalb, weil selbst 50 Jahre nach der erzwungenen Kapitulation des deutschen Faschismus die Aufarbeitung seiner verbrecherischen Struktur, seiner Greueltaten und des unvorstellbaren Leids, das er Millionen von Menschen in ganz Europa und vor allem dem jüdischen Volk angetan hat, bis heute nicht systematisch betrieben worden ist. Ein Versäumnis, das viel aussagt über die Haltung dieser Republik zur eigenen Geschichte und viel aussagt zu der Frage, wie man das, was in deutschem Namen geschehen ist, immer wieder verharmlost hat und auch heute wieder zu verharmlosen beginnt. Es kann niemals genug sein mit dem Versuch, die Vergangenheit deutlich zu machen, die Ereignisse aufzuklären. Es kann nicht Bestimmungsmerkmal einer deutschen Identität sein, den Standpunkt zu beziehen, man müsse mal nach vorne schauen und die Vergangenheit allmählich einmal ruhen lassen. Eine deutsche Identität kann heute und für alle Zukunft nicht ohne das entscheidende Sinnmerkmal dieser gebrochenen Geschichte definiert werden.

Wenn wir dies in der Tradition Fritz Bauers tun und wenn wir den Namen, den das Institut sich bereits gewählt hatte, auch für die Stiftung übernehmen, so als bewußtes Zeichen dafür, daß dieses Land in der Tradition seines großen Generalstaatsanwalts sein Anliegen nach wie vor ernst nimmt und sein Vermächtnis aufgreift, daß die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht unter dem Deckmantel der Gleichgültigkeit, der Ignoranz und der bewußten Verharmlosung eines Tages in den Archiven verschwunden sein werden. Und wenn Hessen trotz knapper Finanzen seinen Anteil an dieser Stiftung, an einer bundesweit einzigartigen Institution übernimmt, dann als Zeichen dafür, daß das Vermächtnis Fritz Bauers lebt und daß Hessen seinen Beitrag dazu leisten wird, die Lehren der deutschen Geschichte nicht nur nicht zu vergessen, sondern sie stets an die Nachkommen weiterzugeben.

Lassen Sie mich abschließend an eine jüdische Dichterin erinnern, die der eine oder andere von Ihnen vielleicht noch nicht kennt, deren dichterisches Werk jedoch der Erinnerung wert ist. Ich meine Selma Meerbaum-Eisinger, die jetzt 70 Jahre alt wäre, die aber mit 18 Jahren im Konzentrationslager Michailowka starb. Von ihr sind 57 Gedichte erhalten geblieben. Auf dem Manuskript ihres Gedichts mit dem Titel "Tragik" vom 23. Dezember 1941 hat sie mit dem Stift hinzugefügt: "Ich habe keine Zeit gehabt zu Ende zu schreiben".

Nehmen wir uns heute die Zeit, uns zu erinnern - zu erinnern an die vielen wertvollen Impulse, die jüdische Künstler und Wissenschaftler über viele Jahrhunderte hinweg der Kultur in Europa gegeben haben. Nehmen wir uns die Zeit, uns an die jahrhundertelange Geschichte des Antisemitismus zu erinnern, des Antisemitismus, der im 20. Jahrhundert in Deutschland zu einem unbegreiflichen und in der Geschichte der abendländischen Kultur einzigartigen Ausbruch ge-

kommen ist. Ich bin sicher, daß das Fritz-Bauer-Institut den Weg des Verstehens weiter bahnen wird. Unsere Kultur ist darauf angewiesen, aus Respekt vor den Opfern und aus dem Willen, die Zukunft human zu gestalten.

(-/17. Januar 1995/rs/ks)

(Der hessische Ministerpräsident sprach diese Worte bei der Gründung der "Stiftung Fritz-Bauer-Institut" am 15. Januar).

\*\*\*\*\*

**Wir wollen eine neue politische Kultur**  
**Ein Plädoyer für das Zuhören und den fairen Streit**

**Von Renate Schmidt Mdl**  
**Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**  
**Vorsitzende der BayernSPD**

Wir wollen in Inhalt und Stil eine neue politische Kultur - eine Streitkultur, die sich am Austausch von Argumenten orientiert und nicht an persönlichen Verunglimpfungen nach dem Motto: "Wer bestimmen kann, hat Recht!" Diese neue Kultur einzuführen wird zugegebenermaßen schwierig werden mit einer CSU und ihrer Staatsregierung, deren Programmatik im wesentlichen in einem Gefühl des "Mir san die Mehrern" besteht und bei der die saftsam bekannten Spielchen, Gutes abzulehnen, weil es von der SPD kommt, und dann später als eigene Initiativen einzubringen, immer noch zur Tagesordnung gehören. Aber wir werden nichts unversucht lassen.

Natürlich ist für uns die Kontrolle der Staatsregierung eine Hauptaufgabe. Wir sind die große Oppositionsfraktion und müssen diese Aufgabe leisten, weil sie die CSU in ihrer innigen "Aktionseinheit" mit der Staatsregierung nicht zu leisten imstande ist. Doch Oppositionsarbeit bedeutet - auf Landesebene, auf Bundesebene und auf kommunaler Ebene, wo immer wir in der Opposition sind - überall dasselbe: nämlich zu definieren, wogegen wir sind. Je besser wir das leisten, eine desto bessere Opposition werden wir sein. Und wenn wir uns darauf beschränken, bedeutet das, in der Opposition zu bleiben.

Unser Projekt heißt Regierungswechsel in Bayern. Deshalb müssen wir daran arbeiten, wofür wir sind. Das bedeutet, an die Regierung zu kommen. Zusagen, wofür wir sind, darf sich nicht auf Proklamationen und Appelle beschränken, sondern bedeutet konkrete Arbeit bis hin zu Gesetzesinitiativen. Das ist eine Heidenarbeit, die häufig für den Papierkorb ist - zumindest unter den gegenwärtigen Bedingungen. Aber dann erkennen die Menschen, daß wir es ernst meinen. Dann bestimmen wir - zumindest teilweise - die Themen und lassen sie uns nicht immer nur aufs Auge drücken.

Das heißt auch, daß wir selbst uns weiterentwickeln: Wir sind an vielen Stellen viel zu unmodern, auch in unserer Programmatik. Wir führen in vielen Bereichen ausschließlich Abwehrkämpfe. Ich nenne dazu ein Beispiel: Wir haben das Thema Flexibilisierung der Arbeitszeit über lange Zeiträume nur unter dem Gesichtspunkt der Interessenstruktur von Großbetrieben und der Interessen der Gewerkschaften gesehen und nicht unter der Überschrift der Interessen von Menschen und der Gestaltungsmöglichkeiten unserer Partei. Es war ein reiner Abwehrkampf, in dem wir uns schrittweise in eine moderne, neue Arbeitsstruktur haben hineinziehen lassen und schließlich unseren Widerstand aufgegeben haben.

Was wir hier versäumt haben, gilt für viele andere Bereiche gleichermaßen. Eine der wenigen Ausnahmen bildet der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft. Hier sind wir in Ansätzen noch modern, doch in der Zwischenzeit holen die anderen auf und werden konkreter als wir. Wir bleiben im Unkonkreten hängen. Wer unkonkret ist, vermittelt nicht den Eindruck, daß er es ernst meint. Wer unkonkret bleibt, erweckt den Eindruck, er wolle seine Absichtserklärungen gar nicht wirklich umsetzen. Das heißt, wir haben wirkliche Profilierung, wirkliche Kanten, wirklich etwas, woran man uns erkennt, an den wenigsten Stellen erreicht. Wir wollen mal ein bißchen mehr, mal ein bißchen weniger als die Konservativen. das reicht garantiert nicht aus.

Darum ist das Zuhören so wichtig: Was gibt es denn an Strömungen in der Gesellschaft? Ich meine nicht Beliebigkeit. Ich meine nicht, alles aufzunehmen, was so da ist, sondern zuzuhören, um zu erkennen, wo Gestaltungsnotwendigkeiten bestehen. Wo können wir diejenigen sein, die Themen bestimmen, anstatt nur zu reagieren? Dieses Zuhören haben wir in der Oppositionszeit gründlich verlernt. Wir müssen versuchen, endlich wieder zuhören zu lernen.

Hier haben wir einen riesigen Startvorteil gegenüber der CSU und ihrer Staatsregierung, die im Machterhalt um jeden Preis weitgehend unbeweglich geworden, verkrustet und erstarrt ist. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten war ein Warenhauskatalog, mit dem alle zufriedengestellt werden mußten. Bei gleichzeitig engerem Finanzspielraum blieb da kein Platz für Visionen.

Hier sehe ich unsere Chancen:

- o Wir sind nicht so sehr eingespannt zwischen mehr oder weniger mächtigen Lobbys, deren Lautstärke oft in keinem Verhältnis zur Zahl der von ihnen tatsächlich Vertretenen steht. Wir können mit allen gesellschaftlichen Gruppen, mit allen Verbänden, mit den Kirchen reden und zuhören, ohne Abwehrschlachten zu liefern. Und wir können auch jenen zuhören, die sich vielleicht etwas weniger gut organisiert haben und sich weniger deutlich artikulieren können.
- o Wir sind nicht wie die CSU und ihre Staatsregierung gezwungen, überholte Modelle zu verteidigen. Wir dürfen Visionen haben und Perspektiven entwickeln, ohne daß wir uns der Frage aussetzen müssen, warum wir das im Freistaat nicht längst umgesetzt haben. Das macht uns frei für neue Ideen.
- o Bei aller Notwendigkeit, die Tagespolitik - oder besser: Alltagspolitik - kritisch zu begleiten, können wir doch auch Ideen entwickeln, ausarbeiten und Alternativen darstellen, ohne daß wir schon zum nächsten Wahltag Erfolgsbilanzen vorweisen müssen. Die Neustrukturierung der Wirtschaft, die zukunftsweisende Energiepolitik, die Modernisierung des Sozialwesens sind Projekte, die sich nicht in einer Wahlperiode umsetzen lassen.
- o Wir sind nicht durch das Kästchen-Denken eifersüchtiger Ressortminister gehandikapt. Wir werden die Politikbereiche vernetzen und darstellen, wie unsere zentralen Forderungen - der Frieden im Innern, der Frieden nach außen und der Frieden mit der Natur - in alle Politikfelder einfließen. Wir werden aufzeigen, daß Umweltschutz weder in Konkurrenz zur Wirtschaft noch zur Landwirtschaft steht, daß Bildung sehr viel mit Sozialpolitik und Strukturpolitik zu tun hat.

Wir haben uns viel vorgenommen für die nächsten dreieinhalb Jahre!

(-/17. Januar 1995/rs/ks)

\*\*\*\*\*